

# Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

**Kommunales Wahlrecht für Alle – Demokratie braucht jede Stimme**

**Pressekonferenz am 1. September 2009 in Frankfurt/M.**

## Statement Dr. Gern

### **Das „Kommunale Wahlrecht für Alle“ – eine Frage der Demokratie**

Die Einführung des „Kommunalen Wahlrechts für Alle“ ist schon lange überfällig. Die Tatsache, dass zwei Drittel der ausländischen Bürger, die seit vielen Jahren und zum Teil seit Generationen hier leben und arbeiten, von der politischen Willensbildung durch Wahlen ausgeschlossen sind, ist nicht nur ein Problem für die Ausländer. Es ist ein Problem für uns Alle. Es ist ein Problem für die Demokratie in diesem Land. Es geht nicht darum, Menschen ohne deutschen Pass das kommunale Wahlrecht „zuzugestehen“. Es geht vielmehr um die Grundlagen unseres Zusammenlebens. Die Wohnbevölkerung in unseren Kommunen muss auch von der Wahlbevölkerung repräsentiert werden. Das aber ist immer weniger der Fall.

### **In manchen Kommunen dürfen 30% der volljährigen Einwohner nicht mitentscheiden**

Seit der Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürger haben wir zwei Klassen von Ausländern: die wahlberechtigten und die, die von Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene grundsätzlich ausgeschlossen werden. In einigen Kommunen sind das bereits heute über 30% der volljährigen Einwohner. Ein Gemeinwesen, das eine derart große Gruppe von politischen Entscheidungen ausschließt, die sie selber betreffen, verliert zunehmend an politischer Legitimation. Alle Menschen, die in unseren Kommunen ihren Lebensmittelpunkt haben und sie mit ihren Steuergeldern mitfinanzieren, deren Kinder hier in den Kindergarten und in die Schule gehen und auf öffentlichen Spielplätzen spielen, müssen auch über die Infrastruktur ihrer Kommune mitentscheiden dürfen. Sie haben ein Recht auf Beteiligung! Und das demokratische Gemeinwesen braucht jede ihrer Stimmen.

### **Angesichts stark zurückgehender Einbürgerungszahlen ist das „Kommunale Wahlrecht für Alle“ wichtiger denn je**

Recht haben die, die den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit als Königsweg zur Sicherung von Beteiligungsrechten beschreiben. Problematisch aber ist, mit dem Verweis auf die deutsche Staatsangehörigkeit die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Alle abzulehnen. Denn die Einbürgerungszahlen gehen seit Jahren zurück. Statt Hindernisse auf dem Weg zur deutschen Staatsbürgerschaft abzubauen – z.B. durch die regelmäßige Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft – hat die Politik neue Hürden aufgestellt, zuletzt einen umfangreichen Wis-



Diakonie 



Landesverband  
der Jüdischen  
Gemeinden in  
Hessen K.d.ö.R.

Liga der  
Freien Wohlfahrtspflege  
in Hessen e. V.

Friedrichstraße 24  
65185 Wiesbaden

Fon: 0611/30814-34  
Fax: 0611/30814-74

info@liga-hessen.de  
www.liga-hessen.de

# Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

senstest, dem sich Einbürgerungswillige zu unterziehen haben. Der Wille, wirklich etwas zu verändern, damit die Einbürgerungszahlen nicht weiter dramatisch sinken, ist gegenwärtig nicht erkennbar. Umso wichtiger ist jetzt die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Alle.

Warum eigentlich sollte gerade im neu ausgerufenen „Integrationsland“ Deutschland nicht möglich sein, was in mehreren Ländern der Europäischen Union (Schweden, Niederlande, Dänemark, Irland, Finnland) längst Praxis ist? Dort haben auch Nicht-EU-Bürger das aktive und passive kommunale Wahlrecht.

Integration heißt auch Partizipation. Hier lebende Ausländer sollen sich beteiligen, sie müssen sich aber auch beteiligen dürfen. Politische Entscheidungen auf kommunaler Ebene sind nur dann demokratisch legitimiert, wenn alle am Entscheidungsfindungsprozess teilhaben können. So gesehen ist das fehlende Kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige ein erhebliches Integrationsproblem, das es jetzt zu beheben gilt.

**Das kommunale Wahlrecht für Alle ist ein Mindeststandard für demokratische Teilhabe im Integrationsland Deutschland.**



Landesverband  
der Jüdischen  
Gemeinden in  
Hessen K.d.ö.R.

Liga der  
Freien Wohlfahrtspflege  
in Hessen e. V.

Friedrichstraße 24  
65185 Wiesbaden

Fon: 0611/30814-34  
Fax: 0611/30814-74

info@liga-hessen.de  
www.liga-hessen.de